

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
§ 1 Einleitung	31
A. Allgemeine Einführung und Anlass der Untersuchung	31
B. Gegenstand der Untersuchung und thematische Abgrenzung	32
C. Programm der nachfolgenden Untersuchung	33
I. Grundlagen und Hintergrund der nachfolgenden Untersuchung	33
II. Verstaatlichung von Banken und die Rolle des Insolvenzrechts	34
III. Verstaatlichung von Banken auf privatrechtlichem Wege	34
IV. Verstaatlichung von Banken auf hoheitlichem Wege	35
V. Langfristig angelegte Alternativen zur Verstaatlichung von Banken	35
§ 2 Grundlagen und Hintergrund der Untersuchung	36
A. Begriff der Verstaatlichung und Abgrenzung zu verwandten Formen	36
B. Ursachen und Motive für die Verstaatlichung von Banken	37
C. Verstaatlichung von Banken im historischen Kontext	39
I. Bankenkrise von 1931 als Hintergrund vergleichbarer Interventionen des Staates zur Bankenrettung	39
II. Überblick zur Ideengeschichte der Verstaatlichung von Banken	40
D. Verstaatlichung von Banken vor dem Hintergrund der Finanzkrise	43
I. Entstehungsgründe und Auswirkungen der Finanzkrise ab dem Jahr 2007	43
II. Staatliche Selbstbindung zur Rettung systemrelevanter Banken	44
1. Begriff der Finanzmarktstabilität als Bezugsgröße der Systemrelevanz	45
2. Begriff der Systemrelevanz als maßgebliches Rettungskriterium	46
III. Gesetzliche Rettungsmaßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung	48
1. Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17. Oktober 2008	49

2.	Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 7. April 2009	50
3.	Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17. Juli 2009	51
IV.	Umgesetzte Stabilisierungsmaßnahmen des staatlichen SoFFin	52
E.	Verstaatlichung von Banken am Beispiel der Hypo Real Estate (HRE)	52
I.	Erster Verstaatlichungsschritt: Ausnutzung eines genehmigten Kapitals	53
II.	Zweiter Verstaatlichungsschritt: Abgabe eines Übernahmeangebots	54
III.	Dritter Verstaatlichungsschritt: Beschluss einer Kapitalerhöhung	54
IV.	Vierter Verstaatlichungsschritt: Ausschluss von Minderheitsaktionären	55
F.	Zusammenfassung der Grundlagen für die nachfolgende Untersuchung	55
§ 3	Verstaatlichung von Banken und die Rolle des Insolvenzrechts	57
A.	Überblick zum sog. Bankeninsolvenzrecht bis zum 31. Dezember 2010	57
B.	Bedeutung der Insolvenz einer systemrelevanten Bank	60
I.	Einzelinsolvenz einer Bank als Systemrisiko für die Finanzmarktsstabilität	61
II.	Der Insolvenzfall Lehman Brothers als Krisenverstärker	62
C.	Bankinsolvenzrechtliche Sanierung in systemischen Krisensituationen	63
I.	Anforderungen an ein Sanierungsverfahren für systemrelevante Banken	63
II.	Geeignetheit aufsichtsrechtlicher Sanierungsmaßnahmen	64
1.	Vorinsolvenzliche Sanierungsmaßnahmen der §§ 45, 46 KWG a.F.	64
2.	Aufsichtsrechtliches Moratorium des § 46a KWG a.F.	65
3.	Institutsübergreifende Sanierungsmaßnahmen der §§ 47, 48 KWG	66
III.	Geeignetheit von Sanierungsmaßnahmen innerhalb des Insolvenzverfahrens	66
1.	Instrument des Insolvenzplanverfahrens gem. §§ 217 ff. InsO	67
2.	Instrument der sog. übertragenden Sanierung	68
3.	Grundsätzliche Bedenken hinsichtlich insolvenzrechtlicher Sanierungen	69
IV.	Kurzfristige Reformperspektiven des Bankeninsolvenzrechts	70
D.	These: Einzelne Verstaatlichungen können zeitweilig notwendig sein	71

I.	Erforderlichkeit der Vollverstaatlichung einer krisenbedrohten Bank	72
1.	Meinungsstand im Schrifttum zur Notwendigkeit vollständiger Staatskontrolle	73
2.	Stellungnahme: Vollständige Staatskontrolle kann im Einzelfall zur Finanzmarktstabilisierung erforderlich sein	75
II.	Verstaatlichung als Umgehung des insolvenzrechtlichen Ordnungsprinzips?	76
III.	Sonderproblem: Bankenverstaatlichung als sog. „Change of Control“	78
E.	Zusammenfassung: Verstaatlichungen können zeitweilig erforderlich sein	79
§ 4 Verstaatlichung von Banken auf privatrechtlichem Wege		81
A.	Kontrollerlangung im herkömmlichen Sinne und Problemstellungen	81
I.	Direkter Anteilserwerb von den Aktionären des Finanzunternehmens	82
II.	Teilnahme an einer Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluss	82
III.	Kapitalerhöhung durch Nutzung eines genehmigten Kapitals	86
IV.	Erlangung von Anteilen durch den Ausschluss von Minderheitsaktionären	87
V.	Ergebnis: Aktien- und kapitalmarktrechtliche Mittel sind unzureichend	87
B.	Rechtlicher Rahmen des FMStFG für einen staatlichen Beteiligungsauftbau	88
I.	Staatliche Rekapitalisierung von Finanzunternehmen, § 7 FMStFG	88
1.	Antragsstellung des Finanzunternehmens, § 3 Abs. 1 Satz 1 FMStFV	89
2.	Marktgerechte Vergütung für den SoFFin, § 3 Abs. 2 Nr. 1 FMStFV	90
3.	Angemessene Eigenmittelausstattung, § 3 Abs. 2 Nr. 2 FMStFV	91
4.	Höchstgrenze des Beteiligungsumfangs, § 3 Abs. 2 Nr. 3 FMStFV	92
5.	Weitere Bedingungen für die Rekapitalisierung, § 10 FMStFG	92
a)	Geschäftspolitische Ausrichtung, § 5 Abs. 2 Nr. 1 FMStFV	93
b)	Kreditvergabe für KMU zu marktüblichen Konditionen, § 5 Abs. 2 Nr. 2 FMStFV	94

c)	Vorgaben für Anreiz- und Vergütungssysteme, § 5 Abs. 2 Nr. 3 FMStFV	94
d)	Vergütung von Organmitgliedern und Geschäftsleitern, § 5 Abs. 2 Nr. 4 FMStFV	95
e)	Dividenden und sonstige Ausschüttungen, § 5 Abs. 2 Nr. 5 FMStFV	96
6.	Stellungnahme: Bedingungssetzung ist zulässig, kann aber unzweckmäßig sein	97
II.	Staatlicher Erwerb von Anteilen an Finanzunternehmen, § 5a FMStFG	98
C.	Verstaatlichung unter den vereinfachten Bedingungen des FMStBG	98
I.	Kontrollerlangung aufgrund eines gesetzlich genehmigten Kapitals	99
1.	Ermächtigung der Verwaltung zur Kapitalerhöhung, § 3 Abs. 1, 2 FMStBG	100
2.	Gesetzlicher Bezugsrechtsausschluss, § 3 Abs. 3 FMStBG	101
3.	Vereinfachungen bei der Kapitalaufbringung, § 3 Abs. 4 FMStBG	101
4.	Anrechnung auf bestehendes genehmigtes Kapital, § 4 FMStBG	102
5.	Ausgestaltung der Aktien und Aktienausgabe, § 5 FMStBG	103
a)	Inhalt der Aktienrechte beim gesetzlich genehmigten Kapital	103
b)	Ausgabebetrag der vom SoFFin zu zeichnenden Aktien	105
6.	Beschleunigtes Handelsregisterverfahren, § 3 Abs. 5 Satz 3, 4 FMStBG	105
7.	Berichtspflicht des Vorstands gegenüber der Hauptversammlung, § 6 FMStBG	106
8.	Rechtsschutz gegen die Nutzung des gesetzlich genehmigten Kapitals	107
9.	Bewertung der Zweckmäßigkeit des gesetzlich genehmigten Kapitals	108
II.	Kontrollerlangung aufgrund einer vereinfachten Kapitalerhöhung	108
1.	Sonderregelungen zur ordentlichen Kapitalerhöhung, § 7 FMStBG	109
a)	Erleichterung der Einberufung der Hauptversammlung, § 7 Abs. 1 FMStBG	109
b)	Absenkung des Mehrheitserfordernisses, § 7 Abs. 2 FMStBG	111
c)	Erleichterung des Bezugsrechtsausschlusses, § 7 Abs. 3 FMStBG	111
d)	Vereinfachung der Kapitalaufbringung, § 7 Abs. 4 FMStBG	111

e) Ausgestaltung der Aktien und Aktienausgabe, § 7 Abs. 5 FMStBG	112
2. Sonderregelungen zur bedingten Kapitalerhöhung, § 7a FMStBG	112
3. Sonderregelungen zum genehmigten Kapital, § 7b FMStBG	112
4. Sonderregelungen zur Kapitalherabsetzung, § 7 Abs. 6 FMStBG	113
5. Erfolgshaftung für opponierende Altaktionäre, § 7 Abs. 7 FMStBG	113
6. Beschleunigtes Handelsregisterverfahren, § 7c FMStBG	115
7. Ausschluss des Konzernrechts für den SoFFin, § 7d FMStBG	115
8. Anwendbarkeit auf Kapitalerhöhungen durch Dritte, § 7e FMStBG	116
9. Bewertung der Zweckmäßigkeit der vereinfachten Kapital- erhöhung	116
III. Kontrollerlangung über mezzanine Formen der Beteiligung	117
1. Sonderregelungen für eine stille Beteiligung, § 15 FMStBG	117
2. Sonderregelungen für eine Beteiligung am Genussrechtskapital, § 8 FMStBG	119
3. Bewertung der Zweckmäßigkeit von mezzaninen Beteiligungs- formen	119
IV. Kontrollerlangung aufgrund einer vereinfachten Unternehmens- übernahme	119
1. Sonderregelungen für Übernahmeangebote, § 12 Abs. 1 bis 3 FMStBG	120
2. Keine Mitteilungspflicht für wesentliche Beteiligung § 11 FMStBG	121
3. Bewertung der Zweckmäßigkeit der vereinfachten Unternehmensübernahme	121
V. Kontrollerlangung aufgrund eines vereinfachten Squeeze-out-Ver- fahrens	122
VI. Zusammenfassung: Verstaatlichung von systemrelevanten Finanzunternehmen ist mit Hilfe des FMStBG grundsätzlich mög- lich	123
D. Verfassungsmäßigkeit der wesentlichen Instrumente des FMStBG	124
I. Prüfungsmaßstab der Eigentumsfreiheit des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	124
II. Möglichkeiten des Eingriffs in das verfassungsrechtlich geschützte Anteilseigentum von Aktionären	125
III. Vereinbarkeit des gesetzlich genehmigten Kapitals mit Art. 14 GG	126

1. Eingriffe durch drohende Verwässerungen von Aktionärsrechten	126
2. Rechtfertigung der mitgliedschaftlichen Verwässerungen	127
a) Geeignetheit der Eingriffsregelungen der §§ 3 ff. FMStBG	128
b) Erforderlichkeit der Eingriffsregelungen der §§ 3 ff. FMStBG	128
aa) Meinungsstand im Schrifttum zur Erforderlichkeit der Eingriffsregelung	128
bb) Stellungnahme: Gesetzlich genehmigtes Kapital ist erforderlich	129
c) Angemessenheit der Eingriffsregelungen der §§ 3 ff. FMStBG	130
3. Ergebnis: Gesetzlich genehmigtes Kapital ist mit Art. 14 GG vereinbar	132
IV. Vereinbarkeit der vereinfachten Kapitalerhöhung mit Art. 14 GG	132
1. Eingriffe durch drohende Verwässerungen von Aktionärsrechten	132
2. Rechtfertigung der mitgliedschaftlichen Verwässerungen	133
a) Verhältnismäßigkeit des gesetzlichen Ausschlusses der Inhaltskontrolle	133
aa) Geeignetheit der Eingriffsregelung des § 7 Abs. 3 Satz 4 FMStBG	134
bb) Erforderlichkeit der Eingriffsregelung des § 7 Abs. 3 Satz 4 FMStBG	134
cc) Angemessenheit der Eingriffsregelung des § 7 Abs. 3 Satz 4 FMStBG	135
b) Verhältnismäßigkeit der Absenkung der Mehrheitserfordernisse	136
c) Verhältnismäßigkeit der Verkürzung der Einberufungsfrist	136
3. Ergebnis: Vereinfachte Kapitalerhöhung ist mit Art. 14 GG vereinbar	137
V. Vereinbarkeit der Rechtsschutzverkürzungen mit Art. 14 GG	138
1. Eingriffe durch die Verkürzung des effektiven Rechtsschutzes	138
2. Rechtfertigung der jeweiligen Rechtsschutzverkürzungen	139
a) Geeignetheit der Regelungen der §§ 3 Abs. 5 Satz 3 bis 5, 7c FMStBG	139
b) Erforderlichkeit der Regelungen der §§ 3 Abs. 5 Satz 3 bis 5, 7c FMStBG	139
c) Angemessenheit der Regelungen der §§ 3 Abs. 5 Satz 3 bis 5, 7c FMStBG	140
3. Ergebnis: Rechtsschutzverkürzungen sind mit Art. 14 GG vereinbar	140

VI. Vereinbarkeit der Haftung für opponierende Aktionäre mit Art. 14 GG	141
1. Eingriffe durch faktische Obstruktionsverbote für Aktionäre	141
2. Rechtfertigung der Beeinträchtigung von Mitgliedschaftsrechten	142
a) Geeignetheit der Eingriffsregelung des § 7 Abs. 7 Satz 1 FMStBG	142
b) Erforderlichkeit der Eingriffsregelung des § 7 Abs. 7 Satz 1 FMStBG	143
aa) Erfolgshaftung für eine schadensstiftende Stimmrechtsausübung	143
bb) Erfolgshaftung für eine schadensstiftende Einlegung von Rechtsmitteln	144
c) Angemessenheit der Eingriffsregelung des § 7 Abs. 7 Satz 1 FMStBG	144
3. Ergebnis: Erfolgshaftung für opponierende Aktionäre ist nicht mit Art. 14 GG vereinbar	145
VII. Vereinbarkeit des vereinfachten Squeeze-out-Verfahrens mit Art. 14 GG	145
1. Eingriff durch die Absenkung des Schwellenwertes auf 90 %	146
a) Meinungsstand zur Einordnung des Eingriffs in die Eigentumsfreiheit	146
b) Stellungnahme: Sonderregelung ist eine Inhalts- und Schrankenbestimmung	148
2. Rechtfertigung des Eingriffs in das geschützte Anteilseigentum	148
a) Legitimer Zweck im Lichte der spezifischen Vorgaben des BVerfG	149
b) Geeignetheit der Eingriffsregelung des § 12 Abs. 4 Satz 1 FMStBG	151
c) Erforderlichkeit der Eingriffsregelung des § 12 Abs. 4 Satz 1 FMStBG	151
d) Angemessenheit der Eingriffsregelung des § 12 Abs. 4 Satz 1 FMStBG	151
aa) Einzelbetrachtung der Absenkung des Schwellenwertes auf 90 %	152
bb) Regelungszusammenhang mit anderen Instrumenten des FMStBG	153
e) Wertersatzregelung im Lichte der spezifischen Vorgaben des BVerfG	154
f) Rechtsschutzregelung im Lichte der spezifischen Vorgaben des BVerfG	154
3. Ergebnis: Vereinfachtes Squeeze-out-Verfahren ist mit Art. 14 GG vereinbar	155

VIII. Vereinbarkeit der Gesamtkonzeption des FMStBG mit Art. 14 GG	155
1. Angemessenheit des auf die vollständige Verstaatlichung abzielenden Gesamtkonzepts des FMStBG	156
a) Beschneidung von Gesellschafterrechten bei Sanierungen in der Insolvenz	157
b) Übertragbarkeit der Argumentationslinien auf insolvenzbedrohte Banken	159
2. Ergebnis: Gesamtkonzeption des FMStBG ist verfassungsgemäß	162
IX. Vereinbarkeit des FMStBG mit dem Einzelfallgesetzverbot und Zitiergebot des Art. 19 Abs. 1 GG	162
X. Zusammenfassung: FMStBG ist überwiegend verfassungsgemäß	164
E. Europarechtskonformität der wesentlichen Instrumente des FMStBG	168
I. Vereinbarkeit des FMStBG mit der Kapitalrichtlinie 77/91/EWG	169
1. Abweichung durch das gesetzlich genehmigte Kapital gem. §§ 3 ff. FMStBG	169
a) Verstoß gegen die Vorgaben der Art. 25 und 29 KapRL	169
b) Bisherige Rechtsprechung des EuGH bei Sanierungsfällen	170
aa) Rechtssache „Karella und Karella“ aus dem Jahr 1991	170
bb) Rechtssache „Evangelikis Ekkliissias“ aus dem Jahr 1992	171
cc) Rechtssache „Pafitis“ aus dem Jahr 1996	172
dd) Rechtssache „Kefalas“ aus dem Jahr 1998	172
c) Übertragbarkeit auf krisenbedrohte Finanzunternehmen mit Systemrelevanz	173
aa) Meinungsstand im Schriftum zur Übertragbarkeit der Rechtsprechung	173
bb) Stellungnahme: Begründungsansätze des Schriftums überzeugen jeweils nicht	174
d) These: Bisherige Rechtsprechung ist kein unüberwindbares Hindernis	176
aa) Zur systematischen Betrachtungsweise des EuGH	176
(1) Inkonsistenz im Umgang mit Richtlinievorschlägen	177
(2) Geänderte Rechtslage durch das Inkrafttreten der RL 2001/24/EG	179
(3) Kohärenz des bankrechtlichen Richtliniensystems?	180
bb) Zur teleologischen Betrachtungsweise des EuGH	183
(1) Ausklammerung des Gläubigerschutzes von Art. 50 AEUV	183
(2) Verspäteter Gläubigerschutz im Insolvenzstadium	184
e) Rechtfertigung der Abweichung von Art. 25, 29 KapRL	185

aa)	Heranziehung der Beihilfeentscheidung Nr. N 512/2008	185
bb)	Heranziehung der Notstandsklausel des Art. 347 AEUV	186
cc)	Heranziehung von zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	187
f)	Ergebnis: Abweichungen von den Art. 25 ff. KapRL lassen sich rechtfertigen	189
2.	Abweichung durch die vereinfachte Kapitalerhöhung gem. §§ 7 ff. FMStBG	189
a)	Absenkung der Mehrheitserfordernisse gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 FMStBG	189
b)	Ausschluss der Inhaltskontrolle gem. § 7 Abs. 3 Satz 4 FMStBG	190
aa)	Inhaltskontrolle durch Gleichbehandlung gem. Art. 42 KapRL	190
bb)	Stellungnahme: Art. 42 KapRL verlangt keine Inhaltskontrolle	191
c)	Verkürzung der Einberufungsfrist gem. § 7 Abs. 1 FMStBG	192
d)	Ergebnis: Vereinfachte Kapitalerhöhung ist mit der KapRL vereinbar	192
3.	Erfolgshaftung für opponierende Aktionäre gem. § 7 Abs. 7 FMStBG	192
a)	Verstoß der Stimmrechtsbeschränkung gegen Art. 25, 29 KapRL	192
b)	Verstoß der Rechtschutzverkürzung gegen das Gebot des „effet utile“	193
c)	Ergebnis: Regelung des § 7 Abs. 7 FMStBG ist nicht mit der KapRL vereinbar	194
4.	Unmittelbare Anwendbarkeit der Vorgaben der KapRL	194
II.	Vereinbarkeit des FMStBG mit der Aktionärsrechterichtlinie 2007/36/EG	196
1.	Verhältnis zwischen § 7 Abs. 1 Satz 2, 3 FMStBG und den Zielen der ARL	196
a)	Meinungsstand im Schrifttum zur Vereinbarkeit mit dem Vorwirkungsgebot	197
b)	Stellungnahme: § 7 Abs. 1 Satz 2 FMStBG frustriert nicht die Ziele der ARL	198
2.	Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 5 Abs. 1 ARL	198
III.	Vereinbarkeit des FMStBG mit sonstigen kapitalmarktrechtlichen Richtlinien	199

1. Abweichung von der Übernahmerichtlinie 2004/25/EG durch § 12 FMStBG	199
2. Abweichung von der Transparenzrichtlinie 2004/109/EG durch § 11 FMStBG	200
IV. Vereinbarkeit des FMStBG mit der Kapitalverkehrsfreiheit, Art. 63 AEUV	201
1. Inhalt- und Umfang der Kapitalverkehrsfreiheit	201
a) Sachlicher Schutzbereich: Begriff des Kapitalverkehrs	201
b) Persönlicher und räumlicher Schutzbereich	202
2. Umfassendes Verbot der Beschränkung des Kapitalverkehrs	202
a) Beschränkung durch den vereinfachten Squeeze-out nach § 12 Abs. 4 FMStBG	203
b) Beschränkung durch das gesetzlich genehmigte Kapital i.S.d. §§ 3 ff. FMStBG	203
3. Rechtfertigung der Kapitalverkehrsfreiheitsbeschränkungen	203
V. Zusammenfassung: FMStBG ist überwiegend europarechtskonform	204
 § 5 Verstaatlichung von Banken auf hoheitlichem Wege	207
A. Verfassungsrechtliche Kategorien hoheitlicher Verstaatlichungen	207
I. Verstaatlichung durch Enteignung i.S.d. Art. 14 Abs. 3 GG	208
II. Verstaatlichung durch Vergesellschaftung i.S.d. Art. 15 GG	208
1. Finanzunternehmen als Produktionsmittel im Sinne des Art. 15 GG	209
2. Stellungnahme: Finanzunternehmen sind zulässige Sozialisierungsobjekte	211
III. Verstaatlichung durch Zwangsverwaltung i.S.d. Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG	212
B. Verstaatlichung aufgrund der Enteignungsermächtigung des RettungsG	212
I. Mögliche Gegenstände einer Enteignung, § 1 Abs. 2 RettungsG	213
1. Sonderproblem: Dingliche Rechte Dritter an den Enteignungsgegenständen	214
2. Stellungnahme: Analoge Anwendung des § 52 EGBGB	215
II. Gesetzliche Voraussetzungen für eine Enteignung, § 1 Abs. 4 RettungsG	217
III. Ausgestaltung von Enteignungsakt und -verfahren, §§ 2, 3 RettungsG	217
IV. Vorgesetzte Entschädigung für eine Enteignung, § 4 RettungsG	218
V. Rechtsschutzmöglichkeiten bei einer Enteignung, § 5 RettungsG	219

VI. Befristung der Ermächtigung und Reprivatisierungspflicht, § 6 RettungsG	221
VII. Zweckmäßigkeit des RettungsG als Instrument zur Kontrollerlän- gung	222
VIII. Ökonomische Bewertung der Enteignungsermächtigung des RettungsG	222
C. Verfassungsmäßigkeit der Enteignungsermächtigung des RettungsG	224
I. Verfassungsmäßigkeit des Rettungsübernahmegesetzes in formeller Hinsicht	224
II. Vereinbarkeit des RettungsG mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG	226
1. Eingriff in die Eigentumsgarantie durch gesetzliche Enteignungsermächtigung	226
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in die Eigentumsgarantie	228
a) Wohl der Allgemeinheit als Enteignungszweck, Art. 14 Abs. 3 Satz 1 GG	228
aa) Gewichtigkeit des Gemeinwohlanliegens der Finanzmarktstabilität	229
bb) Bestimmtheit des Gemeinwohlanliegens der Finanzmarktstabilität	230
(1) Meinungsstand im Schriftum zur hinreichenden Bestimmtheit	230
(2) Stellungnahme: Enteignungszweck ist hinreichend bestimmt	232
cc) Fiskalische Interessen durch Absicherung staatlicher Beihilfen	233
dd) Gemeinwohlbindung bei Enteignungen zugunsten Pri- vater	235
ee) Teilergebnis: Enteignungszweck entspricht Art. 14 Abs. 3 Satz 1 GG	235
b) Rechtsstaatlicher Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	236
aa) Geeignetheit von Enteignungen nach Maßgabe des RettungsG	236
(1) Mangelnde Verbindung zwischen Enteignung und Kapitalzuführung	237
(2) Keine Erfolgsgarantie für die finanzmarktstabilisie- rende Sanierung	237
(3) Beeinflussung durch kurze Befristung der Enteig- nungsoption	238
(4) Zwischenergebnis: Enteignungen nach dem RettungsG sind geeignet	239

bb)	Erforderlichkeit von Enteignungen nach Maßgabe des RettungsG	239
(1)	Verstaatlichung auf privatrechtlichem Wege als milderes Mittel	240
(2)	Sonstige Handlungsalternativen als jeweils mildere Mittel	242
(3)	Konkretisierung des Erforderlichkeitsgebots in § 1 Abs. 4 RettungsG	243
(4)	Zwischenergebnis: Enteignungen nach dem RettungsG sind erforderlich	245
cc)	Angemessenheit von Enteignungen nach Maßgabe des RettungsG	245
dd)	Teilergebnis: RettungsG und Enteignungen hiernach sind verhältnismäßig	248
c)	Recht auf Rückerwerb aufgrund der Bestandsgarantie des Eigentums	248
aa)	Übertragbarkeit des verlängerten Eigentumsschutzzspruchs i.S.d. BVerfG	248
bb)	Stellungnahme: Bestandsgarantie des Eigentums nur bedingt anwendbar	250
d)	Erfordernis einer sog. Junktimklausel, Art. 14 Abs. 3 Satz 2 GG	250
e)	Anforderungen an die Entschädigungsbemessung, Art. 14 Abs. 3 Satz 3 GG	251
aa)	Anknüpfung des § 4 RettungsG an den anteilmäßigen Verkehrswert	251
bb)	Bestimmung des Verkehrswerts nach Maßgabe des § 4 RettungsG	252
(1)	Insolvenznähe eines Unternehmens als wertverzerrender Faktor	253
(2)	Krisenbeeinflusstes Marktumfeld als wertverzerrender Faktor	254
(3)	Enteignungspläne der Regierung als wertverzerrender Faktor	255
cc)	Teilergebnis: Entschädigungskonzept des RettungsG ist verfassungsgemäß	257
f)	Ergebnis: Eingriff in die Eigentumsgarantie ist gerechtfertigt	258
3.	Gesamtergebnis: RettungsG entspricht den Anforderungen des Art. 14 GG	258
III.	Vereinbarkeit des RettungsG mit den Vorgaben des Art. 15 GG	258
IV.	Verbot des Einzelfallgesetzes, Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG	258

1. Meinungsstand im Schrifttum zum Allgemeinheitsbezug des RettungsG	260
2. Stellungnahme: RettungsG ist kein unzulässiges Einzelfallgesetz	262
V. Vereinbarkeit mit der Rechtsschutzgarantie, Art. 19 Abs. 4 GG	263
1. Erst- und letztinstanzliche Zuständigkeit des BVerwG, § 5 Abs. 1 RettungsG	263
2. Zweiwöchige Antragsfrist des jeweiligen Betroffenen, § 5 Abs. 2 RettungsG	264
3. Gesetzlicher Entscheidungszeitraum des BVerwG, § 5 Abs. 2 RettungsG	266
4. Gestaltungskraft der Entscheidung des BVerwG, § 5 Abs. 4 RettungsG	267
5. Ergebnis: RettungsG entspricht dem Rechtsschutzgebot des Art. 19 Abs. 4 GG	268
VI. Vereinbarkeit der Verordnungsermächtigungen mit Art. 80 Abs. 1 GG	268
1. Ermächtigung zur Durchführung der Enteignung, § 2 Abs. 1 RettungsG	270
2. Ermächtigungen zum Erlass näherer Bestimmungen, § 8 RettungsG	271
3. Ergebnis: Verordnungsermächtigungen sind mit Art. 80 Abs. 1 GG vereinbar	272
VII. Vereinbarkeit mit den Ausführungsbestimmungen, Art. 83 ff. GG	272
VIII. Zusammenfassung: RettungsG ist mit dem Grundgesetz vereinbar	274
D. Europarechtsmäßigkeit von Enteignungen nach Maßgabe des RettungsG	275
I. Vereinbarkeit von Enteignungen nach dem RettungsG mit Art. 63 Abs. 1 AEUV	275
1. Anwendungsbereich im Lichte der Kompetenzausübungsnorm Art. 345 AEUV	276
a) Meinungsstand im Schrifttum zur spezifischen Anwendbarkeit des Art. 63 AEUV	277
b) Stellungnahme: Enteignungen nach dem RettungsG unterfallen Art. 63 AEUV	277
2. Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit durch Enteignungen i.S.d. RettungsG	278
3. Rechtfertigung der Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit	279
4. Ergebnis: Enteignungen sind mit der Kapitalverkehrsfreiheit vereinbar	279
II. Grundrechtlicher Schutz des Eigentums auf europäischer Ebene	279
1. Vereinbarkeit mit der Eigentumsgarantie des Art. 11. ZP EMRK	280

a)	Eingriff in die Eigentumsgarantie durch Enteignungen nach dem RettungsG	280
b)	Konventionsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in die Eigentumsgarantie	281
c)	Ergebnis: Enteignungen sind mit der Eigentumsgarantie vereinbar	282
2.	Vereinbarkeit mit der Eigentumsgarantie des Art. 17 GRCh	283
III.	Zusammenfassung: Enteignungen i.S.d. RettungsG sind europarechtskonform	283
§ 6	Langfristig angelegte Alternativen zur Verstaatlichung von Banken	285
A.	Grundsätzlicher Bedarf an alternativen Restrukturierungskonzeptionen	285
B.	Internationale Diskussion über ein Restrukturierungs- und Abwicklungsregime	287
C.	Angedachte EU-Vorgaben für ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement	288
D.	Nationale Lösungsansätze für ein langfristiges Restrukturierungsmodell	290
I.	Einführung des RStruktG auf Grundlage des Konzepts des BMJ und des BMF	291
1.	Zweistufiges Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem KredReorgG	291
2.	Restrukturierung durch hoheitliche Übertragungsanordnung (§§ 48a ff. KWG)	293
3.	Bewertung: Restrukturierungsgesetz enthält konzeptionelle Mängel	295
II.	Nicht umgesetztes Alternativkonzept des BMWi für die Bankenrestrukturierung	299
1.	Staatliche Restrukturierungsverwaltung nach den §§ 48a ff. KWG-E	300
2.	Bewertung der Restrukturierungsverwaltung nach dem BMWi-Konzept	301
III.	Ergebnis: RStruktG und Alternativkonzept des BMWi enthalten Mängel	303
E.	Abschließende Empfehlungen zur weiteren Verfahrensausgestaltung	304
F.	Zusammenfassung der Alternativen zur Bankenverstaatlichung und ihr Bedarf	305

§ 7 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung	307
§ 8 Ausblick zur künftigen Rolle der Verstaatlichung von Banken	310
Literaturverzeichnis	311